

Johannes Mitterecker

Grenzüberschreitende Verschmelzungen

■■■■ VERLAG
■■ ÖSTERREICH

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
I. Kapitel: Einleitung	1
§ 1 Problemstellung	1
§ 2 Gang der Untersuchung	6
§ 3 Wichtige Begriffe	9
I. Verschmelzungsbegriff	9
A. Definition	9
B. Die Wesensmerkmale einer Verschmelzung im Einzelnen	9
1. Zusammenschluss zumindest zweier Gesellschaften	9
2. Erlöschen der übertragenden Gesellschaft	10
3. Vermögensübergang im Wege der Universalsukzession	10
4. Anteilsgewährung	10
II. Verschmelzungsvarianten	11
A. Verschmelzung zur Aufnahme und Verschmelzung zur Neugründung	11
B. Konzern- und Konzentrationsverschmelzung	12
C. Import- und Exportverschmelzung	12
§ 4 Kollision unterschiedlicher Rechtsordnungen	13
II. Kapitel: Kollisionsrechtliche Aspekte grenzüberschreitender Verschmelzungen	15
§ 1 Sitztheorie vs Gründungstheorie	16
I. Das Gesellschaftsstatut	17
II. Die Sitztheorie	17
A. Argumente für die Anwendung der Sitztheorie	18
B. Kritik an der Sitztheorie	19
III. Die Gründungstheorie (Inkorporationstheorie)	19
A. Argumente für die Anwendung der Gründungstheorie	20
B. Kritik an der Gründungstheorie	20
IV. Ergebnis	21

§ 2 Abgrenzung der beteiligten Personalstatuten	23
I. Die Einzeltheorien.....	24
A. Die Aufnahmetheorie	24
B. Die Übertragungstheorie.....	25
C. Ergebnis	25
II. Die Vereinigungstheorie	26
A. Allgemeines	26
B. Die Prüfung der einzelnen Verschmelzungsvorgänge	28
1. Voraussetzungen.....	28
2. Verschmelzungsverfahren	29
3. Wirkungen.....	30
 III. Kapitel: Die Rechtslage vor „Sevic“ und der Verschmelzungs- richtlinie bzw dem EU-VerschG	 31
§ 1 Rechtslage in Österreich	32
I. Zulässigkeit und Durchführung grenzüberschreitender Ver- schmelzungen aufgrund des materiellen österreichischen Rechts	32
II. Die Verschmelzung einer österreichischen AG mit einer italienischen S.P.A.....	34
III. Das Urteil des OGH vom 20.03.2003	36
A. Sachverhalt.....	37
B. Die Entscheidung des OGH.....	37
1. Kollisionsrechtliche Beurteilung.....	38
2. Unterscheidung zwischen verschmelzender Umwandlung und Verschmelzung	39
3. Zulässigkeit aufgrund der Niederlassungsfreiheit.....	42
C. Zusammenfassung.....	43
IV. Ergebnis und Stellungnahme	44
§ 2 Rechtslage in Deutschland.....	44
 IV. Kapitel: Die „Sevic“-Entscheidung des EuGH und die Gewähr- leistung der grenzüberschreitenden Verschmelzung durch die Grundfreiheiten des Europäischen Binnen- marktes	 49
§ 1 Gang der Untersuchung.....	49
§ 2 Inhalt und Gegenstand der „Sevic“-Entscheidung.....	50
I. Sachverhalt der „Sevic“-Entscheidung	50
II. Das Urteil in der Rechtssache „Sevic“	51
A. Entscheidungsinhalt.....	51
B. Bewertung des Urteils	53

§ 3 Die Gewährleistung grenzüberschreitender Verschmelzungen durch die Niederlassungsfreiheit.....	54
I. Die Importverschmelzung zur Aufnahme.....	54
A. Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit.....	55
1. Schutz der übertragenden Gesellschaft	55
a) Ablehnende Argumente der deutschen und der niederländischen Regierungen.....	55
b) Die Argumentation des Generalanwalts Tizzano in der Rechtssache „Sevic“	57
c) Die Begründung des EuGH.....	59
2. Schutz der aufnehmenden Gesellschaft.....	60
a) Die Argumentation des Generalanwalts Antonio Tizzano	60
b) Die Begründung des EuGH.....	62
c) Die Begründung einer Zweitniederlassung	63
ca) Die sekundäre Niederlassungsfreiheit und der Begriff der Zweitniederlassung	63
cb) Gründet der aufnehmende Rechtsträger durch Übernahme des Vermögens des übertragenden Rechtsträgers eine Zweitniederlassung iSd Art 49 Abs 1 Satz 2 AEUV?.....	64
d. Ergebnis	66
B. Der Eingriff in die Niederlassungsfreiheit und dessen Rechtfertigung.....	67
1. Eingriff.....	67
2. Rechtfertigung	69
II. Die Hineinverschmelzung zur Neugründung	70
A. Anwendungsbereich	70
1. Aus Sicht der übertragenden Gesellschaften.....	70
2. Aus Sicht der übernehmenden, neu gegründeten Gesellschaft	70
B. Eingriff in die Niederlassungsfreiheit und Rechtfertigung	72
III. Hinausverschmelzung.....	72
A. Anwendungsbereich	73
1. Bedeutung der „Sevic“-Entscheidung für Hinausverschmelzungen.....	73
2. Lehrmeinungen.....	77
3. Stellungnahme und Zusammenfassung.....	78
B. Eingriff in die Niederlassungsfreiheit	79
C. Rechtfertigung.....	80

§ 4 Die Gewährleistung grenzüberschreitender Verschmelzungen durch die Kapitalverkehrsfreiheit	82
I. Allgemeines	82
II. Aussagen der Rechtssache „Sevic“	83
III. Die Bedeutung der Kapitalverkehrsfreiheit für grenzüberschreitende Verschmelzungen	84
A. Das Verhältnis zwischen Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit	85
1. Lehrmeinungen	85
2. Rechtsprechung des EuGH	86
3. Stellungnahme	87
B. Der Begriff der Kapitalverkehrsfreiheit	90
C. Kapitalverkehrsfreiheit bei Importverschmelzung zur Aufnahme	91
1. Kapitalverkehrsfreiheit aus Sicht des übertragenden Rechtsträgers	91
2. Kapitalverkehrsfreiheit aus Sicht des aufnehmenden Rechtsträgers	92
D. Kapitalverkehrsfreiheit bei der Importverschmelzung zur Neugründung	93
E. Kapitalverkehrsfreiheit bei der Exportverschmelzung	93
F. Ergebnis und Zusammenfassung	93
 V. Kapitel: Die Verschmelzungsrichtlinie und ihre Umsetzung ins österreichische Recht	95
§ 1 Gang der Untersuchung	95
§ 2 Einleitung	99
I. Allgemeines und Entstehung der Richtlinie	99
A. Die historische Entwicklung der Verschmelzungsrichtlinie	99
B. Zweck der Verschmelzungsrichtlinie	105
C. Regelungstechnik	106
D. Verhältnis zur SE-VO	107
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	108
a) Gemeinsamkeiten	108
b) Unterschiede	109
ba) Die einzelnen Unterschiede	109
bb) Gründe für die teilweise unterschiedlichen Regelungen	111
2. Ist die SE durch die Verschmelzungsrichtlinie bedeutungslos geworden?	112
3. Zusammenfassung	114

	E. Verhältnis zum „Sevic“-Urteil	114
II.	Umsetzung ins nationale Rechtssystem	116
	A. Das GesRÄG 2007.....	117
	B. Umsetzungstechnik	119
	C. Das GesRÄG 2011.....	120
	1. Änderungen im Umgründungsrecht.....	121
	2. Änderungen zur Verbesserung der Transparenz bei Aktiengesellschaften.....	123
	D. Ziel und Grundsätze des EU-VerschG	123
	E. Auslegung.....	124
§ 3	Anwendungsbereich.....	125
I.	Europarechtliche Vorgaben durch die Verschmelzungs- richtlinie.....	125
	A. „Verschmelzung“	125
	B. „Kapitalgesellschaft“	126
	C. Gemeinschaftszugehörigkeit der Kapitalgesellschaft	128
	1. Gründung nach dem Recht eines Mitgliedstaats	129
	2. Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft.....	130
	D. Mehrstaatlichkeitserfordernis	131
	1. Die Anknüpfung an das jeweilige Personalstatut.....	132
	2. Problemfälle	133
	a) Bei der Verschmelzung durch Aufnahme	134
	b) Bei der Verschmelzung durch Neugründung.....	136
	E. Sonderregeln zum Anwendungsbereich	139
	1. Art 3 Abs 1 VRL.....	139
	a) Inhalt und Bedeutung der Vorschrift	139
	b) Österreichische Umsetzung.....	141
	c) Problemfälle.....	141
	ca) Hineinverschmelzung	141
	cb) Hinausverschmelzung.....	142
	2. Art 3 Abs 2 VRL.....	143
	3. Art 3 Abs 3 VRL.....	146
II.	Die Umsetzung im EU-VerschG	146
	A. Verschmelzung	147
	B. Verschmelzungsvarianten.....	148
	C. Kapitalgesellschaft.....	149
	1. Allgemeines.....	149
	2. Kapitalgesellschaften iSd § 1 Abs 2 Z 2 EU-VerschG	149
	a) Gesellschaft.....	150
	b) Rechtspersönlichkeit.....	150

c) Gesondertes Gesellschaftskapital	151
d) Schutzbestimmungen iSd Richtlinie 2009/101/EG...	152
da) Offenlegung	152
db) Gültigkeit der von der Gesellschaft eingegan-	
genen Verpflichtungen	153
dc) Nichtigkeit der Gesellschaft.....	153
dd) Einhaltung sämtlicher oder lediglich einzelner	
Schutzbestimmungen der Richtlinie 2009/101/EG	153
D. Gemeinschaftszugehörigkeit der Kapitalgesellschaft	154
E. Grenzüberschreitender Sachverhalt	155
F. Verschmelzungsfähigkeit österreichischer und aus-	
ländischer Kapitalgesellschaften	155
1. Verschmelzungsfähigkeit der einzelnen österreichi-	
schen Rechtsträger.....	156
a) Österreichische AG und GmbH	156
b) Die Beteiligung der Societas Europaea an einer	
grenzüberschreitenden Fusion.....	156
ba) Das Problem	156
bb) Grundsätzliche Verschmelzungsfähigkeit der	
SE im Lichte der „Sevic“-Entscheidung.....	157
bc) Verschmelzungsfähigkeit einer „österreichi-	
schen“ SE	158
bd) Verschmelzungsfähigkeit einer „ausländischen“ SE	
bda) „Ausländische“ SE als „Kapitalgesellschaft“	
iSd EU-VerschG bzw der VRL	159
bdb) „Ausländische“ SE als gemeinschaftliche	
Gesellschaft	160
bdc) Sonstige Voraussetzungen des EU-VerschG	
bzw der VRL	160
bdd) Zwischenergebnis	161
be) Abgrenzung der Anwendungsbereiche von VRL	
bzw EU-VerschG und SE-VO bzw SEG	161
bea) Verhältnis zwischen Richtlinien und	
Verordnungen	162
beb) Die Verschmelzungskonstellationen im	
Einzelnen.....	162
beba) Verschmelzung zweier Kapital-	
gesellschaften oder zweier SE zur	
Neugründung einer SE	162
bebb) Grenzüberschreitende Verschmel-	
zung durch Aufnahme in eine bereits	
bestehende SE.....	164

bebe) Anwendbarkeit bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen zur Gründung nationaler Gesellschaften.....	169
bf) Ergebnis.....	172
2. Nicht verschmelzungsfähige österreichische Rechtsträger	173
a) Genossenschaften	173
b) Personengesellschaften.....	175
c) Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren	176
d) Sonstige nicht erfasste Rechtsträger.....	180
3. Beteiligung ausländischer Rechtsträger.....	180
4. Beteiligung von Kapitalgesellschaften aus einem Drittstaat	182
§ 4 Anwendbares Recht und kollisionsrechtliche Implikationen	183
I. Kollisionsrechtliche Behandlung des EU-VerschG	184
II. Sachlicher Anwendungsbereich	188
A. Regelungskonzept der Verschmelzungsrichtlinie	188
B. Regelungskonzept des EU-VerschG.....	189
§ 5 Zuständigkeiten	191
I. Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	191
II. Umsetzung im EU-VerschG	192
A. Die von § 2 EU-VerschG erfassten Angelegenheiten der Gerichte	193
B. Örtliche Zuständigkeit	194
C. Sachliche Zuständigkeit.....	195
D. Richtersache.....	195
E. Besondere Zuständigkeitsprobleme	196
1. Bei der Überprüfung der Barabfindung	196
2. Bei der Überprüfung des Umtauschverhältnisses	197
§ 6 Das Verfahren zur Durchführung einer grenzüberschreitenden Verschmelzung.....	197
I. Überblick.....	197
II. Der Verschmelzungsplan	200
A. Europarechtliche Vorgaben.....	200
B. Zweck und Bedeutung eines Verschmelzungsplans.....	201
C. Aufstellungsbefugnis	202
D. Rechtsnatur des Verschmelzungsplans	203
1. Verschmelzungsplan als Vertrag.....	204
2. Verschmelzungsplan als Rechtsakt ohne jegliche vertragliche Wirkungen.....	205
3. Ergebnis und Stellungnahme	207
E. Entwurf eines Verschmelzungsplans.....	213
F. Gemeinsamer Verschmelzungsplan.....	214

G. Sprache.....	216
H. Form.....	218
1. Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	218
2. Die Regelung im EU-VerschG.....	220
3. Unterschiedliche Formerfordernisse in den Rechts- ordnungen der Verschmelzungspartner	221
4. Beurkundung im Ausland.....	224
5. Form des Entwurfes	227
I. Änderung – Aufhebung – Bedingung – Befristung	227
J. Auslegung des Verschmelzungsplans	228
K. Inhalt des Verschmelzungsplans.....	228
1. Vergleich mit der innerstaatlichen Verschmelzung.....	229
2. Der Mindestinhalt im Einzelnen.....	230
a) Rechtsform, Firma und Sitz	230
b) Umtauschverhältnis und bare Zuzahlungen.....	233
ba) Umtauschverhältnis	233
baa) Bedeutung des Umtauschverhältnisses.....	233
bab) Berechnung des Umtauschverhältnisses.....	234
bb) Bare Zuzahlungen	239
c) Einzelheiten für die Gewährung von Anteilen oder das Unterbleiben dieser Anteilsgewähr	241
ca) Einzelheiten für die Gewährung von Anteilen...	242
cb) Einzelheiten für das Unterbleiben der Anteils- gewähr	244
d) Voraussichtliche Auswirkungen auf die Beschäf- tigung	246
e) Zeitpunkt der Beteiligung am Gewinn sowie alle Besonderheiten, die eine Auswirkung auf dieses Recht haben.....	251
ea) Zeitpunkt der Gewinnbeteiligung	251
eb) Besonderheiten	252
f) Verschmelzungstichtag	253
g) Gewährung von Sonderrechten	254
h) Besondere Vorteile für bestimmte Personengruppen	257
i) Satzung oder Gesellschaftsvertrag der aus der Ver- schmelzung hervorgehenden Gesellschaft	258
j) Angaben zum Verfahren bezüglich der Bestimmung der Arbeitnehmerbeteiligung.....	260
k) Angaben zur Bewertung des Aktiv- und Passiv- vermögens.....	262
l) Stichtag der Jahresabschlüsse	265
m) Bedingungen der Barabfindung.....	266

3. Zusätzliche freiwillige Angaben.....	267
a) Ergänzungsbefugnis durch die an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften	268
b) Ergänzungsbefugnis durch die Mitgliedstaaten	269
4. Vereinfachte Angaben	271
a) Vorgaben der Verschmelzungsrichtlinie	271
b) Regelung im EU-VerschG	271
L. Publizitätspflichten.....	273
III. Der Verschmelzungsbericht	274
A. Überblick.....	274
B. Anwendbares Recht.....	275
C. Ratio legis	275
1. Gesellschafterschutz.....	277
2. Arbeitnehmerschutz.....	278
3. Gläubigerschutz.....	278
4. Schutz der ausländischen Gesellschafter, Arbeitnehmer und Gläubiger.....	279
D. Kompetenz zur Erstattung des Verschmelzungsberichts...	280
E. Gemeinsamer Verschmelzungsbericht?	281
F. Sprache.....	283
G. Form.....	283
H. Inhalt.....	284
1. Inhalt nach § 220a AktG.....	284
a) „Ausführlicher“ Bericht	284
b) Voraussichtliche Folgen der Verschmelzung.....	285
c) Erläuterung des Verschmelzungsplans.....	286
d) Umtauschverhältnis und bare Zuzahlungen.....	287
e) Maßnahmen gemäß § 226 Abs 3 AktG.....	288
2. Zusätzlicher Inhalt gemäß § 6 EU-VerschG.....	288
a) Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und deren schuldrechtlichen Ansprüche.....	289
b) Auswirkungen auf die Gläubiger	291
c) Erklärung über die Höhe des Nennkapitals und der gebundenen Rücklagen bei der Hinausverschmelzung.....	292
ca) Erklärung über die Höhe des Nennkapitals und der gebundenen Rücklagen der österreichischen Gesellschaft.....	294
cb) Erklärung über die Höhe des Nennkapitals und der gebundenen Rücklagen der ausländischen Gesellschaft.....	294

I.	Zugänglichmachung des Verschmelzungsberichts.....	295
J.	Stellungnahme der Vertreter der Arbeitnehmer.....	297
K.	Unverzichtbarkeit.....	298
L.	Geheimhaltung.....	302
M.	Haftung.....	302
N.	Offenlegung.....	303
IV.	Die Verschmelzungsprüfung.....	303
A.	Einleitung und Grundlegendes.....	303
1.	Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	303
2.	Die Umsetzung in § 7 EU-VerschG	304
3.	Anwendbares Recht	304
4.	Ratio legis.....	305
B.	Verschmelzungsprüfung bei der GmbH.....	306
C.	Verzicht auf die Verschmelzungsprüfung.....	306
1.	Verzicht bei einer österreichischen AG.....	306
2.	Verzicht bei einer österreichischen GmbH.....	307
3.	Verzicht bei der Verschmelzung auf den Alleingesell- schafter.....	307
D.	Der Verschmelzungsprüfer	308
1.	Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	308
2.	Umsetzung ins nationale Regelungssystem	308
a)	Getrennte Verschmelzungsprüfer.....	308
b)	Gemeinsamer Verschmelzungsprüfer	309
E.	Auskunfts-, Einsichts- und Prüfungsrecht des Verschmel- zungsprüfers.....	311
F.	Haftung des Verschmelzungsprüfers	311
G.	Gegenstand der Verschmelzungsprüfung und Inhalt des Prüfungsberichts	312
1.	Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	312
2.	Umsetzung im nationalen Recht.....	313
a)	Gegenstand der Prüfung und Berichtsinhalt gemäß § 220b AktG	313
aa)	Verschmelzungsplan.....	313
ab)	Umtauschverhältnis	314
b)	Gegenstand der Prüfung und Berichtsinhalt gemäß § 7 EU-VerschG.....	314
ba)	Barabfindung	315
bb)	Erklärung über die Höhe des Nennkapitals und der gebundenen Rücklagen	316
H.	Formale Anforderungen an den Prüfungsbericht.....	316
1.	Form des Prüfungsberichts.....	316

2. Sprache des Prüfungsberichts	317
I. Information und Offenlegung	317
J. Verschmelzungsprüfung durch den Aufsichtsrat.....	317
V. Die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung.....	319
A. Einleitung und Grundlegendes.....	319
1. Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	319
2. Umsetzung in § 8 EU-VerschG	320
3. Anwendbares Recht	322
4. Ratio legis.....	322
B. Einreichung des Verschmelzungsplans	323
1. Einreichung bei der AG oder SE	323
2. Einreichung bei der GmbH.....	324
3. Gegenstand der Einreichung	325
4. Zeitliche Anforderungen bei der Einreichung	325
5. Zuständigkeiten	326
6. Urkundensammlung.....	327
7. Unverzichtbarkeit.....	327
C. Veröffentlichung eines Hinweises auf die Einreichung.....	328
1. Ort der Veröffentlichung	328
2. Nachweis der Veröffentlichung.....	328
3. Zeitpunkt der Veröffentlichung	328
4. Unverzichtbarkeit.....	329
5. Inhalt der Veröffentlichung	329
a) Rechtsform, Firma und Sitz	329
b) Register und Registernummer	330
c) Hinweis auf die Modalitäten für die Ausübung der Rechte der Gläubiger.....	330
d) Hinweis auf die Modalitäten für die Ausübung der Rechte der Minderheitsgesellschafter.....	332
e) Unmittelbare Verständigung von Gläubigern bei der Hinausverschmelzung mit kapitalentsperrendem Effekt.....	334
ea) Allgemeines und Zweck.....	334
eb) Kritik der Kammer der Wirtschaftstrehänder ..	334
ec) Kapitalentsperrender Effekt.....	335
ed) Bekannte Gläubiger.....	336
ee) Sonstiges.....	337
D. Offenlegung der Verschmelzungsunterlagen und Informationspflichten.....	338
1. Offenlegung gegenüber den Anteilsinhabern	338
a) Bei der AG.....	338

aa) Auflagepflicht gemäß § 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 221a Abs 2 AktG.....	338
ab) Anspruch auf Auskunftserteilung gemäß § 8 Abs 2 Z 3 Satz 1 EU-VerschG.....	339
ac) Sonstige Informationspflichten.....	339
b) Bei der GmbH.....	340
ba) Direkte Zusendung von Verschmelzungsunter- lagen gemäß § 8 Abs 1 Z 1 EU-VerschG.....	340
bb) Anspruch auf Auskunftserteilung gemäß § 8 Abs 2 Z 3 Satz 1 EU-VerschG.....	341
bc) Sonstige Auskunftsrechte und Informations- pflichten.....	342
2. Offenlegung gegenüber den Gläubigern	342
a) Erteilen von Unterlagen gemäß § 8 Abs 3 EU-VerschG	342
b) Anspruch auf Auskunftserteilung gemäß § 8 Abs 2 Z 3 Satz 1 EU-VerschG	343
3. Offenlegung gegenüber den Arbeitnehmern	344
E. Fehlerfolgen.....	344
VI. Die Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung.....	345
A. Einleitung und Grundlegendes.....	345
1. Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	345
2. Umsetzung in § 9 EU-VerschG	345
3. Anwendbares Recht	346
4. Ratio legis.....	346
B. Mehrheitserfordernisse.....	347
1. Beschlusserfordernisse bei der AG	347
2. Beschlusserfordernisse bei der GmbH.....	349
C. Beschlussgegenstand.....	351
D. Genehmigungsvorbehalt gemäß Art 9 Abs 2 VRL bzw § 9 Abs 1 EU-VerschG	352
1. Sinn und Zweck der Bestimmung.....	352
2. Der Genehmigungsvorbehalt	353
a) Gegenstand des Genehmigungsvorbehalts	353
b) Rechtsnatur des Genehmigungsvorbehalts.....	354
3. Bestätigungsbeschluss	354
a) Beschluss über die Mitbestimmungsmodalitäten als Bestandteil des Verschmelzungsbeschlusses.....	354
b) Art der Bestätigung.....	354
c) Beschlusserfordernisse.....	355
4. Bedeutung für das Austrittsrecht widersprechender Minderheitsgesellschafter gegen Barabfindung gemäß § 10 Abs 1 EU-VerschG.....	358

E.	Entfall der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung.....	358
1.	Entfall bei der österreichischen übernehmenden Gesellschaft	358
2.	Entfall bei der österreichischen übertragenden Gesellschaft	359
3.	Entfall bei der an der grenzüberschreitenden Verschmelzung beteiligten ausländischen Gesellschaft.....	360
4.	Minderheitsrecht auf Einberufung.....	360
F.	Beschlussanfechtung	360
1.	Allgemeines	360
2.	Kollisionsrechtliche Zuordnung des Anfechtungsanspruches	361
3.	Der Ausschluss der Anfechtung gemäß § 11 Abs 1 EU-VerschG	361
a)	Parallelnormen und ratio legis	362
b)	Anfechtungsausschluss wegen eines unangemessenen Barabfindungsangebots	362
c)	Anfechtungsausschluss wegen Informationsfehler in den Verschmelzungsunterlagen	363
d)	Anfechtungsausschluss gemäß § 195 Abs 4 AktG	363
e)	Sonstiges.....	364
4.	Ausschluss von Anfechtungsklagen gemäß § 12 Abs 1 EU-VerschG	365
VII.	Das Austrittsrecht widersprechender Gesellschafter und deren Barabfindung	365
VIII.	Gerichtliche Überprüfung der Barabfindung	366
IX.	Gerichtliche Überprüfung des Umtauschverhältnisses	367
A.	Allgemeines	368
1.	Europarechtliche Vorgaben zu § 12 EU-VerschG und Parallelbestimmungen	368
2.	Regelungskonzept bei rein innerstaatlichen Verschmelzungen	368
3.	Regelungskonzept bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen und ratio legis	369
B.	Überprüfung des Umtauschverhältnisses bei der Hineinverschmelzung.....	371
1.	Unterwerfungserklärung	372
2.	Antragslegitimation.....	372
3.	Internationale Zuständigkeit	373
4.	Anwendbares Recht	373

C.	Überprüfung des Umtauschverhältnisses bei der Hinausverschmelzung.....	373
1.	Unterwerfungserklärung	374
2.	Antragslegitimation.....	375
3.	Internationale Zuständigkeit	375
4.	Anwendbares Recht	375
D.	Überprüfungsverfahren ohne Unterwerfungserklärung....	376
E.	Anfechtung bei unangemessenem Umtauschverhältnis	377
X.	Rechtmäßigkeitskontrolle und Eintragung der grenzüberschreitenden Verschmelzung.....	378
A.	Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie.....	378
B.	Umsetzung im EU-VerschG.....	381
1.	Verfahren bei der Hinausverschmelzung	381
a)	Überblick.....	381
b)	Anmeldung der beabsichtigten Verschmelzung.....	382
ba)	Allgemeines.....	382
bb)	Beilagen zur Anmeldung	384
bba)	Verschmelzungsplan (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 1 EU-VerschG).....	384
bbb)	Niederschrift des Verschmelzungsbeschlusses der übertragenden Gesellschaft (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 2 EU-VerschG).....	385
bbc)	Genehmigungsurkunde (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 3 EU-VerschG)	385
bbd)	Verschmelzungsbericht für die übertragende Gesellschaft (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 4 EU-VerschG)	386
bbe)	Prüfungsbericht für die übertragende Gesellschaft (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 5 EU-VerschG).....	387
bbf)	Schlussbilanz der übertragenden Gesellschaft (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 6 EU-VerschG)	387
bbg)	Veröffentlichungsnachweis (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 7 EU-VerschG)	389
bbh)	Nachweis der Sicherstellung der Barabfindung widersprechender Gesellschafter (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 8 EU-VerschG).....	390
bbi)	Unterwerfungserklärungen (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 8 EU-VerschG)	390
bbj)	Nachweis der Sicherstellung der Gläubiger und Erklärung, dass sich andere als die befriedigten oder sichergestellten Gläubi-	

ger nicht gemeldet haben (§ 14 Abs 1 Satz 2 Z 9 EU-VerschG)	391
bbk) Sonstige Beilagen	392
bc) Erklärungen des Leitungs- oder Verwaltungsorgans gemäß § 14 Abs 2 EU-VerschG	392
bca) Die Negativverklärungen des § 14 Abs 2 Z 1 EU-VerschG	393
bcb) Die Erklärung des § 14 Abs 2 Z 2 EU-VerschG	394
bcc) Rechtsfolgen bei Nichtabgabe der Erklärungen des § 14 Abs 2 EU-VerschG	396
c) Eintragung der beabsichtigten Verschmelzung und Rechtmäßigkeitsbescheinigung	396
ca) Eintragungsverfahren	396
cb) Rechtmäßigkeitsbescheinigung	399
d) Anmeldung der Durchführung der grenzüberschreitenden Verschmelzung gemäß § 14 Abs 5 EU-VerschG	401
2. Verfahren bei der Hineinverschmelzung	404
a) Überblick	404
b) Anmeldung der grenzüberschreitenden Verschmelzung	405
ba) Allgemeines	405
bb) Besonderheiten bei der Verschmelzung zur Neugründung	407
bc) Beilagen	408
bca) Allgemeines	408
bcb) Die Beilagen im Einzelnen	409
bcba) Verschmelzungsplan (§ 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 1 Z 1 AktG)	409
bcbb) Verschmelzungsbeschluss (§ 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 1 Z 2 AktG)	409
bcbc) Genehmigungsurkunde (§ 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 1 Z 3 AktG)	410
bcbd) Verschmelzungsberichte (§ 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 1 Z 4 AktG)	412
bcbe) Prüfungsberichte (§ 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 1 Z 5 AktG) ..	412

bcbf) Schlussbilanz (§ 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 1 Z 6 AktG) .	413
bcbg) Veröffentlichungsnachweis (§ 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 1 Z 7 AktG).....	413
bcbh) Rechtmäßigkeitsbescheinigung der ausländischen übertragenden Gesellschaft (§ 15 Abs 2 EU-VerschG)	414
bcbi) Nachweise hinsichtlich der Arbeitnehmermitbestimmung (§ 15 Abs 2 EU-VerschG)	414
bcbj) Sonstige Beilagen.....	415
bcbk) Negativklärung gemäß § 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225 Abs 2 AktG	415
bcbl) Besonderheiten bei der Verschmelzung zur Neugründung.....	416
c) Eintragung der grenzüberschreitenden Verschmelzung.....	416
ca) Prüfungsverfahren vor dem Firmenbuchgericht	416
cb) Eintragung der grenzüberschreitenden Verschmelzung	418
d) Meldepflicht des österreichischen Firmenbuchgerichts gemäß § 15 Abs 4 EU-VerschG.....	418
e) Besonderheiten bei Beteiligung einer übertragenden Gesellschaft mit Sitz in Österreich.....	419
XI. Rechtswirksamkeit der grenzüberschreitenden Verschmelzung	419
A. Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie.....	419
B. Umsetzung im nationalen Recht	420
XII. Rechtsfolgen der grenzüberschreitenden Verschmelzung	421
A. Die Rechtsfolgen gemäß § 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 225a Abs 3 AktG.....	421
1. Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	421
a) Verschmelzungswirkungen gemäß Art 14 Abs 1 und 2 VRL	421
b) Drittwirkung der Übertragung gemäß Art 14 Abs 3 VRL.....	422
c) Übergang von Rechten und Pflichten aus Arbeitsverträgen oder Beschäftigungsverhältnissen gemäß Art 14 Abs 4 VRL	422

d) Verhinderung der Entstehung eigener Anteile gemäß Art 14 Abs 5 VRL.....	422
2. Umsetzung ins nationale Recht.....	423
B. Der absolute Bestandschutz gemäß § 3 Abs 2 EU-VerschG iVm § 230 Abs 2 AktG	424
1. Problemstellung.....	424
2. Vorgaben durch die Verschmelzungsrichtlinie	425
3. Umsetzung ins nationale Recht.....	426
§ 7 Schutz der Minderheitsgesellschafter	427
I. Gesellschafterschutz im Allgemeinen.....	427
A. Schutzbedürfnis der Gesellschafter	427
B. Schutzvorschriften der VRL und des EU-VerschG	428
II. Überblick über den Minderheitenschutz	428
A. Europarechtliche Vorgaben.....	428
B. Überblick über die österreichischen Vorschriften, die den Minderheitenschutz gewähren sollen.....	429
III. Das Austrittsrecht widersprechender Gesellschafter gegen Barabfindung.....	430
A. Einleitung und Grundlegendes.....	430
1. Europarechtliche Vorgaben und Parallelbestimmungen	430
2. Ratio legis.....	431
3. Probleme im Zusammenhang mit dem Austrittsrecht...	431
4. Europarechtskonformität des Austrittsrechts	432
B. Voraussetzungen des Austrittsrechts	436
1. Hinausverschmelzung.....	436
2. Erklärung des Widerspruchs zur Niederschrift.....	436
3. Gesellschafterstellung vom Zeitpunkt der Beschlussfas- sung der Gesellschafterversammlung bis zur Geltend- machung des Rechts auf angemessene Barabfindung.....	439
4. Erklärung des Austritts bzw Annahme des Barabfin- dungsangebots.....	440
C. Der Barabfindungsanspruch und das Barabfindungs- angebot.....	442
1. Rechtliche Qualifikation des Barabfindungsanspruchs .	442
2. An welcher Stelle muss das Barabfindungsangebot geregelt werden?	443
a) Barabfindungsangebot der übertragenden Gesell- schaft	443
b) Barabfindungsangebot eines Dritten.....	445
3. Barabfindungsverpflichteter	445
4. Barabfindungsberechtigter.....	446

5. Inhaltliche Ausgestaltung des Barabfindungsangebots und Barabfindungsanspruches	447
6. Rechtsfolgen bei Fehlen eines Barabfindungsangebots..	448
D. Abwicklung des Austritts und der Barabfindung	448
E. Verhältnis des Austrittsrechts zur Kapitalerhaltung.....	451
F. Weitere Fragen im Zusammenhang mit der Übertragung der Minderheitsanteile.....	454
1. Durchführung der Anteilsübertragung	454
2. Übertragungskosten.....	455
G. Entfall des Austrittsrechts und der Barabfindung	456
H. Dispositiver oder zwingender Charakter des Austritts- rechts?	457
I. Sicherstellung der Barabfindungsansprüche.....	457
J. Anderweitige Veräußerung der Anteile	460
IV. Gerichtliche Überprüfung der Barabfindung	461
A. Allgemeines	462
1. Vorgaben der VRL und Parallelbestimmungen	462
2. Ratio legis.....	462
3. Richtlinienkonforme Umsetzung?.....	463
B. Zuständigkeiten.....	465
C. Das Überprüfungsverfahren im Einzelnen.....	466
1. Anwendbare Vorschriften.....	466
2. Antragslegitimation.....	466
3. Antragsgegner	467
4. Antragsfrist	467
5. Primär Antrag und dessen Bekanntmachung.....	468
6. Folgeanträge.....	468
7. Verweise in § 11 Abs 2 letzter Satz EU-VerschG	469
8. Entscheidung und deren Wirkung	469
§ 8 Gläubigerschutz.....	470
I. Gefahren für Gläubiger im Rahmen innerstaatlicher und grenzüberschreitender Verschmelzungen	470
II. Übersicht über den Gläubigerschutz bei grenzüberschrei- tenden Verschmelzungen	472
III. Gläubigerschutz gemäß § 13 EU-VerschG	473
A. Allgemeines	473
1. Europarechtliche Vorgaben und Parallelbestimmungen	473
2. Anwendbare Bestimmungen	474
3. Kollisionsrechtliche Einordnung	476
4. Regelungskonzept und ratio legis	477
5. Vereinbarkeit mit der Niederlassungsfreiheit	478

B. Gläubigerschutz gemäß § 13 EU-VerschG bei Hinausverschmelzungen	480
1. Anspruchsberechtigte und -verpflichtete	481
2. Erfasste Forderungen	481
a) Entstehungszeitpunkt der Forderungen	481
b) Keine Befriedigung der Forderung	482
3. Frist	483
4. Glaubhaftmachung der Gefährdung	484
5. Entfall des Anspruchs auf Sicherheitsleistung	489
6. Sicherheitsleistung	489
7. Gerichtliche Durchsetzung	490
C. Gläubigerschutz bei Hineinverschmelzungen	491
D. Besonderheiten bei der grenzüberschreitenden Verschmelzung mit kapitalherabsetzendem Effekt	492
1. Definition des kapitalherabsetzenden Effekts	492
2. Hinausverschmelzung mit kapitalherabsetzendem Effekt	492
3. Hineinverschmelzung mit kapitalherabsetzendem Effekt	493
E. Gewährung gleichwertiger Rechte für Inhaber von Schuldverschreibungen und Genussrechten	494
IV. Zusammenfassende Stellungnahme	495
 VI. Kapitel: Exkurs: Grenzüberschreitende Verschmelzungen mit Gesellschaften aus Drittstaaten	 497
§ 1 Zulässigkeit?	497
I. Meinungsstand in Österreich	497
II. Die Normen der § 219 AktG und § 96 GmbHG	498
III. Praktische Undurchführbarkeit der grenzüberschreitenden Verschmelzung mit Gesellschaften aus Drittstaaten?	499
IV. § 2 UmwG	500
§ 2 Zulässigkeitsvoraussetzungen	501
I. Statuierung des Rechtsinstituts der Verschmelzung	501
II. Verschmelzungsfähigkeit	502
III. Verfahren	503
IV. Ergebnis	503
 VII. Kapitel: Schlussbetrachtung	 505
§ 1 Die „Sevic“-Entscheidung als Meilenstein im internationalen Gesellschaftsrecht	505
§ 2 Die Umsetzung der Verschmelzungsrichtlinie im EU-VerschG	507

§ 3 Ziel und Grundsätze des EU-VerschG.....	508
§ 4 Grenzüberschreitende Verschmelzungen von Kapitalgesellschaften in der internationalen und österreichischen Praxis.....	509
Literaturverzeichnis.....	511
Stichwortverzeichnis.....	527